

StaatsZeitung

Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz



Herausgegeben von der Staatskanzlei im Auftrag der Landesregierung

Nr. 9 / 61. Jahrgang, Montag, 22. März 2010

Ausgabe A
Postvertriebsstück · Entgelt bezahlt · G 6436
Oppenheimer Druckhaus GmbH 55232 Alzey

Deutsche Bahn investiert 1,3 Milliarden Euro in Rheinland-Pfalz

Landesregierung begrüßt Lärmschutzmaßnahmen – Mainz bleibt Sitz der DB Schenker Rail – Hunsrückbahn wird weiter gemeinsam vorangetrieben

Die Deutsche Bahn wird bis 2015 etwa 1,3 Milliarden Euro in Rheinland-Pfalz investieren. Das ist die entscheidende Botschaft, die vom ersten „Bahngipfel Rheinland-Pfalz“ in der Mainzer Staatskanzlei ausging. Ministerpräsident Kurt Beck, Verkehrsminister Hendrik Hering und der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn, Dr. Rüdiger Grube, zeigten sich mit dem Ergebnis ihrer Gespräche sehr zufrieden. Baumaßnahmen der Bahn, die Reaktivierung der Hunsrückbahn und der Schienenlärm standen unter anderem auf der Tagesordnung.

„Der Bund muss die für die zügige Umsetzung des wichtigen Neubauprojektes am Nordkopf Mainz benötigten 48 Millionen Euro zur Verfügung stellen, damit die derzeitigen und in Zukunft zu erwartenden Verkehrsströme besser bewältigt werden können.“ Dies äußerten Beck, Hering und Grube übereinstimmend. Bei diesem Projekt, das für die Leistungsfähigkeit des Schienenverkehrs im westlichen Rhein-Main-Gebiet und für die Güterverkehrsströme der Nord-Süd-Richtung von entscheidender Bedeutung ist, müsse nur noch das Signal auf Fahrt gestellt werden. Alle notwendigen planerischen und genehmigungsrechtlichen Vorarbeiten seien bereits erfolgt.

Das größte Einzelprojekt der geplanten Investitionen ist mit über 200 Millionen Euro der Neubau einer zweiten Tunnelröhre für den Kaiser-Wilhelm-Tunnel an der Moselstrecke bei Cochem und die Sanierung des bestehenden Tunnels. Die Teilnehmer des Bahngipfels stimmten darin überein, dass insgesamt die Investitionen in die Schiene gestärkt werden müssten. Deshalb dürfe der Bund die Mittel für Erhaltungs-, Aus- und Neubaumaßnahmen in den nächsten Jahren nicht

zurückfahren, sondern müsse die Mittel steigern, so Ministerpräsident Kurt Beck.

Ein zentrales Infrastrukturprojekt des Landes Rheinland-Pfalz im Schienenverkehr ist die Reaktivierung der Hunsrückbahn zur Anbindung des Flughafens Hahn und der Hunsrück-Region an das Schienennetz. Die Entwurfsplanung für den Streckenausbau wurde im Herbst 2009 fertig gestellt.

Minister Hering teilt dazu mit, dass mit der DB AG der Abschluss einer Realisierungs- und Finanzierungsvereinbarung angestrebt wird. Die DB AG habe auch ihre volle Unterstützung zugesagt, damit die für das Konzept „Rheinland-Pfalz-Takt 2015“ notwendigen Infrastrukturmaßnahmen zeitgerecht umgesetzt werden können. Mit dem zukunftsgerichteten Angebotskonzept strebt das Land gemeinsam mit den Zweckverbänden des Schienenpersonennahverkehrs eine weitere landesweite Ausweitung der Angebote um rund 20 Prozent an.

Bis 2011 investiert die Deutsche Bahn AG mehr als 17 Millionen Euro aus dem Konjunkturprogramm des Bundes in 179 kleinere und mittlere Bahnhöfe in Rheinland-Pfalz. Mit den 237 Modernisierungsmaßnahmen wird nicht nur Beschäftigung gesichert, sondern vor allem auch kurzfristig zusätzlicher Nutzen für die Bahnkunden geschaffen. Größere Projekte aus dem Konjunkturprogramm sind die energetische Sanierung der Empfangsgebäude in Speyer und Worms sowie die Errichtung neuer Aufzüge in Andernach und Neuwied. Bei den großen Bahnhöfen in Rheinland-Pfalz ist die Modernisierung nahezu abgeschlossen. 2003 wurden die Arbeiten in den Hauptbahnhöfen Kaiserslautern (31 Millionen Euro Investition) und Mainz (67 Millionen Euro Investition) abge-



Der Bahnlärm und dessen Bekämpfung war eines der wichtigen Themen beim Bahngipfel in Mainz. Vor allem im Mittelrheintal – unser Bild zeigt die Situation in Bacharach – sind die Menschen erheblichen Belastungen ausgesetzt. Foto: Thomas Torkler

schlossen. In Koblenz wurden bis 2005 insgesamt 8,1 Millionen Euro in den Umbau des Empfangsgebäudes investiert. Bis 2011 wird für weitere 11,1 Millionen Euro die Verkehrsstation modernisiert.

Die S-Bahn Rhein-Neckar, in Deutschland die Nummer 1 in Sachen Kundenzufriedenheit, verbindet ab 2014 Ludwigshafen mit der Landeshauptstadt. Entlang der Strecke Ludwigshafen – Mainz werden 15 Bahnhöfe durch Um- oder Neubau zu attraktiven und barrierefreien S-Bahn-Stationen. Neue Bahnsteige mit 210 Metern Länge und einer Höhe von 76 Zentimetern erlauben bequemes Einsteigen in moderne Nahverkehrszüge und zur behindertengerechten Erschließung der Stationen werden Personenunterführungen, Treppen, Rampen und Aufzüge neu gebaut oder angepasst. Die Gesamtinvestitionen betragen zirka 50 Millionen Euro.

Eine Erfolgsgeschichte ist auch der grenzüberschreitende Hochgeschwindigkeitsverkehr nach Paris. Seit dem Start im Juni 2007 haben sich bereits über drei Millionen Reisende für den ICE oder TGV entschieden. Die Deutsche Bahn wird weiterhin mit Nachdruck den Ausbau des Nordastes der Schnellverbindung Paris – Ostfrankreich – Südwestdeutschland (POS Nord) über Saarbrücken verfolgen und beabsichtigt alle im Rahmen des Bundesverkehrswegeplanes geplanten Maßnahmen bis Ende 2015 abzuschließen. Die in der Erklärung von Baudrecourt vom 20. April 2009 angesprochenen Zusatzmaßnahmen zur weiteren Ertüchtigung dieser Strecke sollen im Rahmen einer Arbeitsgruppe vertieft betrachtet werden.

Ministerpräsident Beck und Bahnchef Grube erklärten die grundsätzliche Bereitschaft des Landes wie auch der DB, sich an den anfallenden Planungskosten zu beteiligen. Außerdem soll eine INTERREG-Förderung für diese Planungsarbeiten beantragt werden.

Die nochmalige Zusage der DB AG

zum langfristigen Erhalt des Standortes Mainz der DB Schenker Rail Deutschland wurde von Ministerpräsident Beck und Verkehrsminister Hering ausdrücklich begrüßt. Für die Arbeitsplätze der DB in Rheinland-Pfalz sei das grundsätzlich ein positives Signal, stellte Ministerpräsident Beck fest.

Der Güterverkehr der DB beförderte 2009 in Rheinland-Pfalz 6,88 Millionen Tonnen. Neben großen Industriekunden versorgt DB Schenker Rail über zahlreiche Güterverkehrsstellen ganz Rheinland-Pfalz.

Das besonders sensible Thema des Schienenlärms im Mittelrheintal nahm breiten Raum bei dem Spitzengespräch ein. In Rheinland-Pfalz wurden bereits in 48 Ortschaften Schallschutzwände mit einer Gesamtlänge von 60 Kilometern für über 63 Millionen Euro errichtet. 28 500 Schallschutzfenster wurden gefördert. Im Schienengüterverkehr setzt die DB auf Lärmvermeidung. „Wir werden beim Bund den Antrag stellen, 1350 Güterwagen auf die Verbundstoffbremssohle umrüsten zu können, die bevorzugt im Mittelrheintal eingesetzt werden sollen“, sagt Grube. Damit ausgestattete Güterwagen sind deutlich leiser. Die DB verfügt bereits über 5000 solcher Güterwagen.

Minister Hering verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass Rheinland-Pfalz im Bundesrat einen Entschließungsantrag eingebracht habe, mit der eine Bonusregelung für lärmgeminderte Güterwagen im Bestand eingeführt werden soll. „Wir brauchen wirtschaftliche Anreize für eine schnelle Umrüstung von Bestandswagen“, so der Minister. Langfristig sei für eine nachhaltige Entlastung des Rheintals auch eine alternative Güterverkehrsstrecke notwendig.



Zum ersten „Bahngipfel Rheinland-Pfalz“ trafen sich in der Mainzer Staatskanzlei Ministerpräsident Kurt Beck und Verkehrsminister Hendrik Hering mit dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn, Dr. Rüdiger Grube (Mitte), und weiteren DB-Vorstandsmitgliedern. Wesentliches Ergebnis: Die Bahn will bis 2015 in Rheinland-Pfalz 1,3 Milliarden Euro investieren. Foto: Markus Wolf

Fachkräftebedarf auch zukünftig sichern

Gemeinsame Sitzung des rheinland-pfälzischen Kabinetts mit dem DGB in Mainz

Der Bedarf an Fachkräften muss auch zukünftig gesichert werden. Dies war eine Forderung in der gemeinsamen Sitzung des rheinland-pfälzischen Kabinetts mit den Vertreterinnen und Vertretern des deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Landesregierung und der DGB vereinbarten gemeinsame Maßnahmen um einem möglichen Mangel entgegenzuwirken. „Wir werden zum einen mit Experten und Sozialpartnern dieses Thema erörtern und Strategien besprechen“, sagten Ministerpräsident Kurt Beck und der Vorsitzende des deutschen Gewerkschafts-

bundes in Rheinland-Pfalz Dietmar Muscheid. Zudem werde das Thema auch am „Ovalen Tisch“ eine Rolle spielen.

Schon heute sei festzustellen, dass in den nächsten Jahren eine große Nachfrage an qualifizierten Fachkräften im verarbeitenden Gewerbe bestehen werde. Beck und Muscheid dazu: „Das hängt auf der einen Seite damit zusammen, dass der Anteil der jüngeren Menschen an der Bevölkerung abnimmt und die erwerbsfähige Gesellschaft insgesamt schrumpft.“ Die Gewerkschaftsvertreter wiesen

darauf hin, dass bei mehr Jugendlichen als bisher die Bildungspotenziale erschlossen werden müssten. Für die Zukunft sei insbesondere die Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung wichtig. Muscheid betonte in diesem Zusammenhang: „Hier schätzen wir, was die Landesregierung in den vergangenen Jahren erreicht hat.“

Weitere Themen während der Sitzung waren der Mindestlohn, die Neuorganisation der Job-Center, das Tarifvertragsgesetz und der Punkt „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“.



Im Gästehaus der Landesregierung tagten der Ministerrat und die Vertreter des DGB. Foto: Stefan Sämmmer



Herausgeber: Der Präsident des Landtags
Redaktion: Dieter Lang (verantwortlich)

Internet-Adresse: <http://www.landtag.rheinland-pfalz.de>
E-Mail-Adresse: Pressestelle@landtag.rlp.de

Redaktionsanschrift: Deutschhausplatz 12, 55116 Mainz
Telefon: 0 61 31 / 20 80, Durchwahl 2 08 - 22 10 oder 2 08 - 24 17

vhs-Verbandsdirektoren zu Gast in Mainz

Mertes: Wichtige Weiterbildungseinrichtungen mit hochwertigen Angeboten



„Ich freue mich, Sie hier im rheinland-pfälzischen Landtag willkommen zu heißen“, begrüßte der Landtagspräsident und Vorsitzende des rheinland-pfälzischen Volkshochschulverbandes, Joachim Mertes, den Direktor des Deutschen Volkshochschulverbandes (dvv) Ulrich Aengenvoort, die Direktorinnen und Direktoren der 16 verschiedenen vhs-Landesverbände sowie den Geschäftsführer der telc Sprachakademie Jürgen Keicher in Mainz.

Der Organisations- und Finanzausschuss (ÖFA) des Deutschen Volkshochschulverbandes, in dem alle Verbandsdirektorinnen und -direktoren der 16 vhs-Landesverbände vertreten sind, tagte in Rheinland-Pfalz, um über Zukunftstrends und Grundsatzfragen der vhs-Verbandsarbeit

zu diskutieren.

Für Mertes sind die Volkshochschulen „ganz besonders wichtige Weiterbildungseinrichtungen, die in nahezu jeder Kommune vertreten sind – und mit qualitativ hochwertigen Angeboten und einem sehr guten Preis-Leistungsverhältnis allen Bürgerinnen und Bürgern offen stehen“.

Ulrich Aengenvoort, Direktor des Deutschen Volkshochschulverbandes, freute sich über den herzlichen Empfang im Landtag und hob das Engagement der rheinland-pfälzischen Volkshochschulen und ihres Verbandes in der Weiterbildung sowie speziell in der Integrationsarbeit hervor.

Zudem verwies er darauf, dass es heute nicht mehr ausreichend sei, „sich auf die in Ausbildung und Studium er-

worbenen Kenntnisse zu verlassen. Die Volkshochschulen ermöglichen mit ihrer flächendeckenden Vernetzung berufsbildende und allgemeine Weiterbildung für alle – benötigen dafür aber auch stets die Unterstützung der Politik. In Rheinland-Pfalz haben die Volkshochschulen beispielsweise in hervorragender Weise vom Konjunkturpaket II profitiert“, betonte Aengenvoort.

Über das Institut dvv International leisten die Volkshochschulen auch internationale Entwicklungshilfe in der Jugend- und Erwachsenenbildung in Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa. Institutsleiter Dr. Roland Schwarz bedankte sich ebenfalls herzlich für den offiziellen Empfang in Mainz.

Themen im Vordergrund

SPD-Fraktion startete neue Internetseite

Die SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz hat ihren Internetauftritt www.spdfraktion-rlp.de neu gestaltet. „Übersichtlich und benutzerfreundlich wird hier transparent gemacht, wie die Fraktion und ihre Abgeordneten für Rheinland-Pfalz arbeiten“, so die Parlamentarische Geschäftsführerin Barbara Schleicher-Rothmund. „Im Vordergrund stehen unsere Themen und politischen Standpunkte. Die Politik ist mehr denn je in der Verantwortung, ihre Inhalte von sich aus zeitgemäß darzustellen und einen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu pflegen.“

Die Startseite biete einen direkten Zugang zu den Themen, die ihrer Fraktion besonders wichtig sind – oh-

ne bei den Nutzerinnen und Nutzern Kenntnisse über die internen Zuständigkeiten oder über das Internet vorzusetzen. Stets werde auch der Bezug zum übergeordneten Kontext hergestellt. Dahinter stehe ein logisches Gerüst, das die Zusammenhänge zwischen Themen, Abgeordneten, Arbeitskreisen und Kontaktpersonen abbilde, so Schleicher-Rothmund.

Erstellt worden sei die Webseite gemeinsam mit der Mainzer Kommunikationsagentur Media|Machine. Zu vielen Projekten gebe es bereits gebündelte Informationen, Meldungen, Links und Downloads. Der inhaltliche Aufbau der einzelnen Themenseiten sei in vollem Gange – es lohne sich also, immer mal wieder vorbeizuschauen.

Fluglärm gering halten

CDU: Faire Lastenverteilung und neues Konzept notwendig

Für die rheinhessischen CDU-Abgeordneten, Thomas Günther, Dorothea Schäfer und Gerd Schreiner steht außer Frage, dass alles daran gesetzt werden muss, die Belastungen der Menschen in Rheinhessen durch Fluglärm so gering wie möglich zu halten.

Insbesondere müsse die Zahl der Nachtflüge eng begrenzt und unterhalb des rechtlich erlaubten Rahmens bleiben. Dazu solle der Flughafen Frankfurt auch alle Möglichkeiten der Kooperation mit Flughäfen prüfen, die in weniger dicht besiedelten Regionen liegen und deshalb bessere Möglichkeiten haben, Lärmbelastung für Anwohner zu vermeiden.

Wesentlich für eine enge Begrenzung der Lärmbelastung für die Menschen in der Region sei jedoch die Ausgestaltung der An- und Abflugrouten, auf denen die Flugzeuge von und nach Frankfurt geleitet werden, so die CDU-Landtagsabgeordneten.

Die Vertreter aller betroffenen Regionen, also auch des rheinhessischen

Umfelds des Flughafens, müssten bei der Festlegung dieser Routen einbezogen werden, auch wenn die rechtliche Verantwortung bei der hessischen Landesverwaltung, der Fraport und der Deutschen Flugsicherung liege und Land und Gemeinden in Rheinland-Pfalz keinen unmittelbaren Zugriff auf die entsprechenden Entscheidungen hätten.

Notwendig sei eine faire Lastenverteilung zwischen den rechtsrheinischen, in Hessen gelegenen Gemeinden, und den linksrheinischen, rheinland-pfälzischen Gemeinden. Es sei bekannt, dass in dem hochkomplexen System der Flugrouten schon kleine Verschiebungen der Flugsektoren und der Flughöhen große Auswirkungen für die Bewohner einzelner Gemeinden haben könnten.

Die Zeit bis zur Inbetriebnahme der neuen Landebahn müsse für ein Konzept genutzt werden, das die bestmögliche Schonung für alle Menschen der betroffenen Regionen erlaube, so die Abgeordneten.

Rasanter Anstieg bei den Selbstanzeigen

Haushaltsausschuss: Finanzpraktiken Griechenlands – Konsequenzen für Haushaltspolitik

Im Mittelpunkt der jüngsten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses standen zwei Berichtsanträge: Auf Antrag der CDU-Fraktion befasste sich der Ausschuss unter Leitung von Astrid Schmitt (SPD) zunächst mit der Thematik von Forderungserlösen, die im Zusammenhang mit der Finanzkrise Griechenlands in die Kritik geraten waren.



Hintergrund sind Presseberichte, nach denen solche Transaktionen von Griechenland dazu genutzt wurden, um staatliche Einnahmen vorzuziehen. Finanzstaatssekretär Dr. Rüdiger Messal stellte in seinem Bericht zunächst klar, dass die Frage, inwieweit Verkäufe und Verbrieferungen von Forderungen für den enormen Defizitanstieg Griechenlands tatsächlich ursächlich gewesen seien, noch der abschließenden Klärung und Bewertung durch die EU-Kommission bedürfe.

Messal unterstrich jedoch, dass Einmalerlöse sowohl nach nationalem als auch nach europäischem Recht zulässig seien. Allerdings dürften sich derartige finanzielle Transaktionen nach den Vorgaben der EU-Kommission nicht defizitmindernd auswirken. Hier liege auch ein wesentlicher Unterschied zu den Regelungen in Deutschland, die nicht auf ein einzuhaltendes Defizit, sondern auf die Nettokreditaufnahme abstellten, die unterhalb der Investitionssumme zu liegen habe. Nach nationalem Recht könnten sich Einmalerlöse deswegen auch minderdnd auf die Nettokreditaufnahme auswirken.

In Rheinland-Pfalz habe man über Einmalerlöse und die zugrunde liegenden Transaktionen im Unterschied zu den gegen Griechenland im Raum stehenden Vorwürfen bereits frühzeitig sowie detailliert und insgesamt in einem ausgesprochen transparenten Ver-

fahren informiert, so Messal. In der Diskussion hielt die CDU-Fraktion das Instrument der Einmalerlöse dennoch für allzu risikobehaftet und für eine nachhaltige Haushaltspolitik kaum geeignet. Die SPD-Fraktion verwies auf die rechtliche Zulässigkeit der Einmalerlöse und unterstrich nochmals, dass eine transparente Darstellung hierfür unerlässlich sei.

Weiterer Schwerpunkt der Sitzung war auf Antrag der SPD-Fraktion die Entwicklung der Selbstanzeigen in Steuerangelegenheiten.

Finanzstaatssekretär Dr. Rüdiger Messal berichtete von einem in Rheinland-Pfalz seit Anfang Februar zu verzeichnenden rasanten Anstieg der Zahlen. Gegenwärtig lägen bereits 614 Selbstanzeigen vor, in 534 Fällen gehe es um Kapitaleinkünfte.

Bis Anfang Februar hätten nur neun Selbstanzeigen vorgelegen, im gesamten vergangenen Jahr insgesamt nur 303 Selbstanzeigen. Aktuell gingen pro

Tag etwa 30 bis 40 Selbstanzeigen nur in Rheinland-Pfalz ein, informierte Messal. Ursache hierfür sei aus seiner Sicht die Entdeckungsfahrt, die von einem potenziellen Ankauf der Daten ausgehe. Aus diesem Grund wolle die Landesregierung auch weiterhin an ihrer klaren Linie festhalten, dass solche Daten grundsätzlich angekauft werden können und man die Entscheidung hierüber im konkreten Einzelfall zu treffen habe.

Zwar gebe es unterschiedliche Rechtspositionen in dieser Sache, das Bundesfinanzministerium und auch die Finanzministerien der Länder votierten allerdings einheitlich für einen Ankauf. Ein pauschales und generelles Ablehnen des Ankaufs wertete der Finanzstaatssekretär als falsches Signal, um Steueründer nicht in vermeintliche Sicherheit zu wiegen. Derzeit rechnet Messal mit geschätzten Steuermehreinnahmen in Höhe von 20 bis 30 Millionen Euro.

Elektronische Kennzeichnung

SPD: Keine Vorteile für die Tierseuchenbekämpfung

Die seit dem 1. Januar 2010 durch die Europäische Union verbindlich vorgeschriebene elektronische Kennzeichnung von Schafen und Ziegen stoße allseits auf Kritik. „Mit der verpflichtenden Einführung dieses zusätzlichen Kennzeichnungselements parallel zu dem bestehenden System der Ohrmarken sind keine Verbesserungen zu erkennen. Insbesondere ergeben sich keine Vorteile für die Tierseuchenbekämpfung. Es ist kaum verständlich, dass die Bundesregierung zur Einführung eines solchen unangereiften Systems einfach schweigt und zu offenen tierschutzpolitischen Fragen schlicht keine Stellung nimmt“, so der umwelt- und tierschutzpolitische

Sprecher der SPD-Fraktion, David Langner.

Thorsten Wehner, Mitglied im Landwirtschaftsausschuss des Landtags: „Auch die deutschen Bauern- und Zuchtverbände kritisieren die elektronische Kennzeichnung von Schafen und Ziegen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass gerade im Tierhaltungssektor mit der geringsten Rentabilität eine derart kostenintensive und fachlich nicht begründete Maßnahme greifen soll. Ich halte die elektronische Kennzeichnung für unverhältnismäßig und verzichtbar. Die Bundesregierung muss endlich Farbe bekennen und sich aktiv für eine Änderung der EU-Verordnung einsetzen.“

Gründliche Aufklärungsarbeit

SPD: Kampf gegen Doping ist noch nicht gewonnen

Die vom Innenministerium vorgestellte Studie zur Dopingprävention zeige eindrucksvoll, dass der Kampf gegen Doping nicht gewonnen ist, so der sportpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Fritz Presl. Besonders alarmierend seien für ihn jene Aussagen der Studie, wonach im nationalen und internationalen Funktionsbereich eine Tendenz zur Marginalisierung des Dopingproblems sowie eine Tendenz zur Verantwortungsübertragung auf andere Ebenen festgestellt werden.

Presl: „Dennoch ist der rheinland-pfälzische Weg der Landesregierung der richtige: Die Bestrebungen und Anstrengungen für Dopingkontrollen durch finanzielle Unterstützung stärken und parallel dazu, zusammen mit den Sportbünden einschließlich der Fachverbände, gründliche Aufklärungsarbeit zu betreiben. Dass dieser Weg durchaus erfolgreich sein kann, zeigen hervorragende sportliche Ergebnisse rheinland-pfälzischer Sportlerinnen und Sportler, welche ‚sauber‘ erzielt worden sind.“

Praxistauglichkeit nicht bewiesen

CDU fordert Vereinfachung des Kommunalwahlrechts

Eine Vereinfachung des Kommunalwahlrechts forderten die CDU-Abgeordneten Anke Beilstein, und der stellvertretende Vorsitzende des Innenausschusses, Matthias Lammert. Die von den Fraktionen der SPD und FDP im Mai 2008 beschlossene Gesetzesänderung habe ihre Praxistauglichkeit bei der Kommunalwahl 2009 nicht bewiesen. Selbst die Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der CDU-Fraktion habe dies mittlerweile bestätigt. Ihre Fraktion habe schon bei der Änderung des Gesetzes 2008 auf diese Probleme hingewiesen.

Anke Beilstein: „Die Folgen der Gesetzesänderung waren keine Verbesserungen des Wahlsystems, sondern Staus vor den Wahlkabinen, verärgerte Wählerinnen und Wähler und viele ungültige Stimmen. Durch die Beschränkung der auf dem Stimmzettel aufzuführenden Personen haben viele Ortsgemeinden bei der Kommunalwahl auf einen Wahlvorschlag verzichtet. Die Folge waren leere Stimmzettel und eine Verwirrung der Wählerinnen und Wähler. Wir fordern, dass

wieder eine größere Anzahl an Personen auf den Stimmzetteln aufgeführt werden können.“

Das Ankreuzen von Personen bedeute für die Wählerinnen und Wähler eine erhebliche Vereinfachung gegenüber dem handschriftlichen Ausfüllen eines leeren Stimmzettels. Alle 1325 Ortsgemeinden, die von der Mehrheitswahl betroffen waren, seien nach ihren Erfahrungen befragt worden. Sie hätten die Befürchtungen bestätigt.

In Gemeinden mit Mehrheitswahlrecht, in denen kein Wahlvorschlag eingereicht wurde, sei es nicht mehr möglich, den Bürgerinnen und Bürgern vor der Wahl einen amtlichen Stimmzettel zukommen zu lassen, damit sie in Ruhe die Namen der von ihnen gewünschten Ratsmitglieder eintragen konnten, beklagte Matthias Lammert. Folglich sei die Zunahme ungültiger Stimmzettel bei der Kommunalwahl 2009 erheblich. Die Ziele der CDU seien mehr Komfort für die Wählerinnen und Wähler, weniger ungültige Stimmen und auch eine Erleichterung für die Wahlhelfer bei der Auszählung.



Licht und Schatten: Innere Sicherheit

Polizeiliche Kriminalstatistik wird grundsätzlich positiv aufgenommen

Licht und Schatten sieht der polizei-politische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Matthias Lammert, zu der Lage der Inneren Sicherheit im Land. Nach der vorgelegten polizeilichen Kriminalstatistik für das Jahr 2009 sei erfreulicherweise eine Abnahme der Zahl der Straftaten und eine gleichbleibend hohe Aufklärungsquote zu verzeichnen.

Sorge bereite ihm aber nach wie vor die sog. „Häufigkeitszahl“, d.h. die Zahl der Straftaten pro 100 000 Einwohner. Sie liege mit 7029 gegenüber 6711 erheblicher höher als in Hessen mit seinen Ballungsräumen. Das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, sei damit in Rheinland-Pfalz nach wie vor größer als in Hessen. Dies zeige, dass kein Grund zur Entwarnung bestehe, so Lammert.

Es sei positiv, dass die Zahl der Straftaten im Land nach Zunahmen in den Jahren 2008 und 2006 nun abgenommen haben. Die noch nicht vorliegende Gesamtstatistik des Bundes werde zeigen, ob es sich dabei um einen Bundestrend oder um ein rheinland-pfälzisches Spezifikum handele. Für ersteres spreche, dass auch Hessen sinkende Fallzahlen vermeldete.

Wichtig bleibe der Blick in einzelne Deliktsbereiche. Dieser zeige, dass die Rohheitsdelikte um 1,0 Prozent, die gefährlichen und schweren Körperverletzungen um 1,7 Prozent, die Rauschgiftdelikte um 9,6 Prozent und die Straftaten bei der Computerkriminalität sogar um 25,7 Prozent zugenom-

men hätten. Diese Entwicklungen müssten hinterfragt werden, damit mit entsprechenden Strategien gegengesteuert werden könne.

Ein besonderes Augenmerk müsse auch auf den gestiegenen Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen an der Gesamtzahl der Tatverdächtigen gerichtet werden, so Lammert. Dieser habe sich von 17,8 auf 18,4 Prozent erhöht. Notwendig sei die Einführung einer Herkunftserfassung bei den Tatverdächtigen nach dem Beispiel Berlins. Die Erfassung der Staatsangehörigkeit allein reiche nach der Erleichterung des Zugangs zur deutschen Staatsbürgerschaft durch die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 nicht mehr aus. Eine zielgenaue Bekämpfung von Kriminalität könne mit Blick auf einzelne Bevölkerungsgruppen nur erfolgen, wenn differenzierte Daten etwa zu einem Migrationshintergrund vorlägen.

Ausdrücklich dankte Lammert den rheinland-pfälzischen Polizeibeamtinnen und -beamten. Trotz Beförderungsschneise, Überstundenbergen und Personalmangel stellten sie sich mit ganzem Einsatz in den Dienst der Kriminalitätsbekämpfung. Ihnen sei die gute Aufklärungsquote zu verdanken.

Die Zahlen der polizeilichen Kriminalstatistik belegten die hervorragende Arbeit der rheinland-pfälzischen Polizei und zeigten, dass Rheinland-Pfalz ein sicheres Land sei. Auch der polizei-politische Sprecher der SPD-Fraktion, Michael Hüttner, dankte den

Polizisten für ihre sehr gute Arbeit.

„Die Straftaten sind gegenüber dem Vorjahr weiter gefallen und bewegen sich nun auf dem niedrigsten Stand seit 2003. Die Zahl der aufgeklärten Straftaten belegt den zweithöchsten Wert seit dem Beginn der statistischen Erfassung im Jahr 1971. Insgesamt sind die Zahlen bei schwerwiegenden Straftaten rückläufig“, stellte Hüttner fest und wies auf den positiven Einfluss dieser Entwicklung für das Sicherheitsgefühl der Menschen hin.

Selbstverständlich mache die Polizeistatistik auch deutlich, dass man im steten Ringen um die Sicherheit nicht nachlassen dürfe und dass man ein wachsames Auge gegenüber sich neu entwickelnden oder ansteigenden Kriminalitätsfeldern haben müsse. Diese Wachsamkeit sieht Hüttner etwa bei den zunehmenden Fällen von Internetbetrügereien oder den erkennbaren Zusammenhängen zwischen Alkoholkonsum und Körperverletzungsdelikten.

Der statistische Anstieg bei den Rauschgiftdelikten sei auf die intensive Arbeit der Polizei zurückzuführen. Diese polizeilichen Initiativen und Maßnahmen müssten weitergeführt werden. Der Maßstab, dass Rauschgiftkriminalität in erster Linie Kontrollkriminalität ist, bleibe richtig. Kontrollen seien wichtig und notwendig. Das werde umso deutlicher, wenn man lese, dass im vergangenen Jahr von der Polizei fast 5000 Autofahrer unter Drogeneinfluss aufgegriffen wurden, so Hüttner abschließend.

Sanierung des Haushalts

CDU: Kein wirklicher Wille zum Sparen erkennbar

Aus der Ankündigung

des rheinland-pfälzischen Finanzministers, im Landeshaushalt 2011 das Finanzierungssaldo gegenüber 2010 um 10 Prozent zu senken, spreche kein wirklicher Sparwille, so CDU-Fraktionschef Christian Baldauf. Das von Minister Kühl verkündete Ziel werde der Landesregierung ohne eigenes Zutun in den Schoß fallen.

„Kühl kündigt nur an, was ohnehin zwangsläufig kommt. Klar ist nun, dass die Landesregierung einen Landeshaushalt ohne ernsthafte Ausgabenbeschränkungen vorlegen wird. Sie täuscht damit vor den kommenden Landtagswahlen die Bürgerinnen und Bürger darüber hinweg, dass es eine wirkliche Sanierung des Haushaltes ohne Mühen und Einschränkungen nicht geben kann“, so Baldauf.



Zum einen, so Baldauf, entfalle 2011 der Landesanteil zum Konjunkturpaket II in Höhe von 78 Millionen Euro. Zum anderen könne das Land mit Steuermehreinnahmen gegenüber dem Soll 2010 rechnen. Schon das Jahr 2009 sei mit 204 Millionen Steuermehreinnahmen gegenüber der Veranschlagung im 2. Nachtragshaushalt abgeschlossen worden. Wenn die aktuellen Wachstumsprognosen für 2010 und 2011 sich bestätigten und in die Steuer-schätzung für 2011 einfließen, die im Mai vorliege, dann werde es gegenüber 2010 auf jeden Fall so viel Steuermehreinnahmen geben, dass das Finanzierungssaldo ohne weitere Ausgabenkürzungen außerhalb des Konjunkturprogrammes II um 10 Prozent gesenkt werden könne.

Baldauf forderte die Landesregierung auf, den Rheinland-Pfalzern klar zu sagen, was notwendig ist, um einen schuldenfreien Haushalt bis 2020 zu erreichen. Mit der Ankündigung des Finanzministers möge sie sich weiter um Klarheit und Wahrheit herum, so Baldauf abschließend.

„Medienkonvergenz“ gefragt

SPD: Forschungsschwerpunkt der Uni Mainz einzigartig

Der Arbeitskreis „Verantwortung in der medialen Welt“ der SPD-Landtagsfraktion war zu Gast an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und informierte sich bei Prof. Dr. Stephan Füssel über den Forschungsschwerpunkt „Medienkonvergenz“.

Die Universität Mainz zeichne sich im Bereich der Medien durch ein bundesweit nahezu einzigartiges Profil und Potenzial aus. Die Studierenden haben die Möglichkeit, verschiedene Methoden kennen zu lernen und kreativ miteinander zu verbinden. Von Buchwissenschaften bis hin zu Internet-Kommunikation biete sich eine einmalige Bandbreite an Studien- und Forschungsmöglichkeiten. Im Forschungsschwerpunkt Medienkonvergenz kooperieren kulturwissenschaftlich und sozialwissenschaftlich ausgerichtete Medienfächer unter Einbeziehung von Medienrecht, Medienmanagement und Medienkunst. Die beteiligten Institute beschäftigten sich teilweise bereits seit Jahrzehnten mit den grundlegenden Fragen der Medienforschung. Dabei könnten die Wissenschaftler auf ein breites Netzwerk von Praktikern der umliegenden Fernsehanstalten, Verlage, Medienfirmen und Organisationen zurückgreifen, erklären die stellvertretende Kommissionsvorsitzende Renate Pepper und der SPD-Obmann Martin Haller.

Der Forschungsschwerpunkt Medienkonvergenz wurde im Jahr 2008 gegründet. Aktuell sind in den Medienfächern rund 3800 Studentinnen und Studenten eingeschrieben – das sind nahezu 10 Prozent der Studierenden.

Ziel des Forschungsschwerpunktes sei es, die rechtlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der rasanten Medienentwicklung, ihre kulturellen Potenziale und kreativen Möglichkeiten kritisch zu erfassen und wissenschaftlich aufzuarbeiten. Dabei beschäftigten sich die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler u.a. mit fol-



genden Fragen: Wie verändert sich die Buchkommunikation? Wird es künftig virtuelle Fachbibliotheken geben? Wie lassen sich Inhalte audiovisuell vermitteln? Welche Konsequenzen haben diese Entwicklungen für Produkte, Märkte und Nutzer? Ist eine medienrechtliche Vielfaltregulierung möglich? Was sind die individuellen und gesellschaftlichen Folgeprozesse der technischen Medienkonvergenz? Für die Zukunft sei angestrebt, den Forschungsschwerpunkt im Rahmen der Bundesexzellenzinitiative zu einem DFG-unterstützten Cluster auszubauen. „Wir wünschen allen Beteiligten dabei viel Erfolg und freuen uns auf den weiteren gegenseitigen Austausch“, so die beiden Abgeordneten.

SPD: Wahlalter auf 16 Jahre senken

Eine Fortentwicklung des kommunalen Wahlrechts und eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre will die SPD-Fraktion erreichen. Wie der innenpolitische Sprecher der Fraktion, Hans Jürgen Noss mitteilte, werden in den kommenden Wochen entsprechende Vorschläge entwickelt und mit allen Beteiligten Gespräche geführt.

„Keine Demokratie ohne Frauen“

SPD-Fraktion macht Frauen Mut zu Politik – Informationstag in Mainz



Der diesjährige Internationale Frauentag wurde von der SPD-Landtagsfraktion genutzt, um Frauen Mut zu Politik zu machen.

„Vieles hat sich im Laufe der letzten 99 Jahre nach dem ersten Frauentag verändert. So haben Mädchen in Sachen Bildung mittlerweile aufgeholt und in manchen Bereichen die Jungen überholt. Doch diese Entwicklung setzt sich bei der beruflichen Karriere nicht fort. Es geht in Fragen der Gleichstellung nach wie vor um eine höhere Beteiligung von Frauen in der Politik, um die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, um gleiche berufliche Entwicklungschancen und Löhne“, so Ingeborg Sahler-Fesel, gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

Die SPD-Landtagsfraktion hat auch in diesem Jahr politisch interessierte Frauen zu einem Informationstag nach Mainz eingeladen. „Wir möchten Frauen einen Einblick in die politische und parlamentarische Arbeit vermitteln und ihnen Mut machen und sie darin unterstützen, sich aktiv in der Politik zu engagieren. Denn noch nie gab es so viele gut qualifizierte und motivierte Mädchen und junge Frauen wie heute. Sie haben der Politik viel zu bieten und wir finden, dass dieses Potenzial genutzt werden muss“, betonte Ingeborg Sahler-Fesel.

Der Tag begann mit dem Besuch der Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauenfragen des rheinland-pfälzischen Landtags. Nachmit-

tags informierten sich die Frauen bei einer Stadtführung mit dem Titel „Wie gut in Mainz die Frauen die Feder führen“ über Schriftstellerinnen in Mainz. Anschließend kamen die Frauen mit Landtagsabgeordneten ins Gespräch.

„Wenn man Dinge verändern möchte und sich einbringen will, muss man einfach aktiv werden. Frauen scheuen sich meist vor dem ersten Schritt. Aber Mentorinnenprogramme helfen dabei, den Einstieg zu schaffen“, erklärte Sahler-Fesel. „Wir wollen mit unserer Veranstaltung mit dazu beitragen und Frauen ermuntern, ihre Erfahrungen und Kenntnisse in die Arbeit der politischen Gremien einzubringen. Denn: Es gibt keine Demokratie ohne die Frauen!“

„Frauen verdienen, mehr zu verdienen“

SPD: Gleichstellung von Mann und Frau im Erwerbsleben

„Aktuelle Zahlen der Europäischen Kommission und Daten des Statistischen Bundesamtes zeigen deutlich, dass bei der Gleichstellung von Frauen im Erwerbsleben noch deutlich Handlungsbedarf besteht. Der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen in Deutschland ist alarmierend und macht es nötig, Schritte für eine faire Bezahlung von Frauen hin zu einer echten Entgeltgleichheit von Frauen und Männern einzuleiten“, so kommentiert die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Ingeborg Sahler-Fesel, die von

der neuen Vize-Präsidentin der EU-Kommission, Viviane Reding, vorgestellte „EU-Charta für Frauen“.

Der Gender Pay Gap, das heißt der prozentuale Unterschied im durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von Männern und Frauen, lag in Deutschland mit 23,2 Prozent auch im Jahr 2008 deutlich über dem Durchschnitt der Europäischen Union (18,0 Prozent). Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, wiesen von den 27 Ländern der europäischen Union lediglich Estland, die Tschechische Republik, Österreich und die Nieder-

lande einen gegenüber Deutschland höheren geschlechtsspezifischen Verdienstabstand auf.

Sahler-Fesel: „Mit einer derzeitigen Entgeltkluft von 23,2 Prozent ordnet sich Deutschland im Vergleich zu anderen EU-Staaten ganz weit hinten ein. Unser Ziel ist es daher, gleiche Entlohnung für gleiche, beziehungsweise gleichwertige, Arbeit von Frauen und Männern zu erreichen. Denn nur so kann die Gleichstellung von Frauen und Männern im Erwerbsleben vorangetrieben werden.“

Medienkompetenz vermitteln

CDU fordert bessere Rahmenbedingungen an Schulen



„An rheinland-pfälzischen Schulen müssen bessere Rahmenbedingungen für die Vermittlung von Medienkompetenz geschaffen werden“, erklären die Obfrau der Enquete-Kommission „Verantwortung in der medialen Welt“, Dorothea Schäfer, und der medienpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Josef Dötsch. Dies unterstrich auch ein Besuch der Abgeordneten „vor Ort“ im Landesmedienzentrum Rheinland-Pfalz in Koblenz.

Die Vermittlung von Medienkompetenz und die dazu notwendige Bereitstellung von Hard- und Software an Schulen in Rheinland-Pfalz sei unzureichend, betonte Josef Dötsch. Bisher stattete die Landesregierung nur rund 320 Schulen mit einem spe-

ziellen Netzwerk für Schulen (MNS+) aus, was auch durch das Konjunkturprogramm der Bundesregierung möglich wurde. Dabei seien Schulen, die ein bestehendes Schulnetzwerk nutzen, um Schülerinnen und Schülern einen zeitgemäßen Unterricht zu ermöglichen, nicht berücksichtigt worden. Die Landesregierung bestrafe damit Schulen, die selbst aktiv werden, denn die Mittel reichen bei weitem nicht, um MNS+ an allen Schulen in Rheinland-Pfalz zu installieren.

Bei der Ausbildung der Lehrer im Umgang mit Neuen Medien besteht nach Ansicht von Dorothea Schäfer noch großer Handlungsbedarf. Selbst ein Lehrer, der heute sein Studium abschließe, müsse sich Fachwissen durch Selbststudium oder Weiterbildung aneignen. Dabei seien die Kapazitäten für Schulungen der bereits aktiven Lehrer schon knapp. Wir benötigten eine zukunftsweisende Anpassung des Pädagogik-Studiums hin zu Neuen Medien. Medienkompetenz müsse flächendeckend vermittelt werden, ebenso wie der Umgang mit Neuen Medien. Dazu müssten auch die Neuen Medien als Querschnittswerkzeug im Unterricht genutzt werden, so Schäfer